

Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Lokalblatt für Lahn und Umgegend.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rathsch.). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rathsch.).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 58 in Lahn und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönau (Rathsch.).

Die Ausgabe
ersolgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnement 90 Pf., mit Abtrag 1,12 M.

Ämtliches Publikations-Organ
der ködt. Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Inserationspreis
1 spaltige Pettzeile ober deren Raum 10 Pf., für ausw. Inf. 12 Pf., Restamezeile 20 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmefrist Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 33.

Lahn, Sonnabend, den 18. März 1911.

8. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Unser Kaiser hörte am Mittwoch den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini und empfing eine Regensburger Deputation zur Ueberreichung eines Prachtwerkes über das Regensburger Rathaus. — Am Donnerstag nahm unser Kaiser die Vorträge des Chefs des Generalstabes der Armee, v. Moltke, und des Chefs des Militärkabinetts, Fehrn. v. Sinder, entgegen. Um 1 Uhr folgte der Kaiser einer Einladung des Admirals v. Hollmann zur Frühstückstafel, nachdem er vorher dem Kaiser-Friedrich-Museum einen längeren Besuch abgestattet hatte.

Prinz Adalbert von Preußen ist von seiner Blinddarmentzündung wieder vollkommen hergestellt.

Berlin. Der Prinz-Regent von Bayern hat dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg sein Reliefporträt in Bronze mit einem gnädigen Schreiben übersandt.

Berlin. Die Reichstagskommission über den Verfassungsentwurf für Elsaß-Lothringen, dessen Zustandekommen durch die Wiederherstellung der wesentlichen Punkte der Regierungsvorlage gesichert erscheint, lehnte einen von der Regierung bekämpften Zentrumsantrag mit 10 gegen 12 Stimmen ab, wonach der Staatsrat die Minister zu ernennen und zu entlassen hat. Zu § 8 der Vorlage, wonach der Kaiser dem Statthalter landesherrliche Befugnisse übertragen kann, wurde ein nationalliberaler Antrag angenommen, dem zufolge die kaiserliche Verordnung über die Uebertragung dieser Befugnisse vom Reichskanzler gegenzuzeichnen ist. Am Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Berlin. Das dem preussischen Landtage zugegangene Fortbildungsschulgesetz bringt keinen Fortbildungsschulzwang für die weibliche Jugend. Hiergegen wollen eine Reihe sachlicher und politischer Organisationen protestieren; Versammlungen zu diesem Zweck sollen in ganz Preußen stattfinden.

Berlin. Der Gesetzentwurf über die Privatbeamtenversicherung soll dem Reichstage angeblich noch vor Ostern zugehen.

Aus Deutsch-Ostafrika. Am Viktoriassee in Deutsch-Ostafrika ist unter den Eingeborenen die Pest ausgebrochen. Es sind bisher vier Todesfälle zu verzeichnen gewesen. — In Deutsch-Ostafrika sind schon des öfteren Pestfälle vorgekommen, hauptsächlich eingeschleppt durch indische Händler. Die Energie der deutschen Sanitätsbehörde vermochten aber bisher stets ein Ausbreiten der Seuche zu verhindern, so daß man auch diesmal keine Besorgungen zu hegen braucht.

Kopenhagen. Der zweite Sohn des dänischen Kronprinzenpaars, der zehnjährige Prinz Knud, mußte sich einer schwierigen Blinddarmentoperation unterziehen, die glücklich verlief.

Christiania. Das erste weibliche Parlamentariermitglied erschien im norwegischen Storting. Der Abgeordnete General Brattie hatte Urlaub genommen, und so wurde sein Stellvertreter, die Volksschullehrerin Anna Rogstad, einberufen, um ihren Platz als erste Frau unter den Stortingmännern einzunehmen.

Paris. Am heutigen Freitag brach von Toulon das Bataillon Marineinfanterie nach Marokko auf. Es zählt 369 Mann, 111 Unteroffiziere und Korporale und 11 Offiziere. Gleichzeitig marschieren das 2. Bataillon des in Algier garnisonierenden 3. Eingeborenen-Regiments nach der Schauja ab, sodaß die französischen Truppen dort im ganzen um etwa 1100 Mann verstärkt werden. — Französische Touristen wurden auf der Reise von Fez nach El-Ksar von ausländischen Eingeborenen überfallen, konnten sich aber in Sicherheit bringen. — Pariser Blätter richten heftige Angriffe gegen den Kommandanten des französischen Forts Lamj am Tafdjet in Zentralafrika, weil er den dort als Haupt weisenden Hassan von Westafrika und

dessen Begleitung mit Ehrenbezeugungen überhäuft und dadurch die Unzufriedenheit der übrigen französischen Offiziere erregt habe.

London. Der englische Flottenverein hängt sich als Hemmschuh an die Verständigungs- und Friedensbestrebungen der Regierung und fordert, statt der gebotenen 5 großen Schlachtschiffe deren 12 in Bau zu geben, da England für ein deutsches immer zwei eigene Kriegsschiffe auf Kiel legen müsse. Das sei um so mehr geboten, als 1915 das Bündnis mit Japan ablaufe und England dann gezwungen sei, auch im Stillen Ozean eine starke Seemacht bereit zu halten.

London. Von der Friedensrede des Ministers des Auswärtigen Orcz besprochen die Londoner Blätter weniger den auf die freundschaftliche Annäherung an Deutschland bezüglichen Teil als den Vorschlag, England solle einen unbedingten Schiedsvertrag mit Nordamerika abschließen. Dieser Vorschlag wird von den Anhängern der liberalen Regierung als eine epochemachende Kundgebung gefeiert, die das Schwinden der Kriege zur Folge haben müsse. Oppositionelle Blätter behaupten dagegen, daß die Kriegsgefahr durch die Verwirklichung des Grenschen Vorschlages nur vergrößert werden würde. Ein unbedingter Schiedsvertrag mit Frankreich würde England z. B. zwingen, Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland zur Seite zu stehen. Es würde in Zukunft daher nicht mehr einzelne Nationen, sondern ganze Völkerguppen in einen Krieg verwickelt werden.

Athen. König Georg von Griechenland wird Ende März auf Korfu Kaiser Wilhelm begrüßen und sich sodann nach Volo begeben, um die dort stattfindenden olympischen Spiele feierlich zu eröffnen. Nach Schluß der Festlichkeiten wird der König mit der gesamten königlichen Familie wieder in Korfu eintreffen, um den mittlerweile dort eingetroffenen deutschen Kronprinzen zu begrüßen.

Peking. Angesichts der entschiedenen Haltung Rußlands betreibt China eifrige Kriegsvorbereitungen in der Mandschurei und Mongolei. Zu einem Kriege wird es gleichwohl nicht kommen.

Washington. Der Aufstand in Mexiko wurde durch eine Rebellion in dem wichtigen Hafen- und Handelsplatze Veraacruz im Golfe von Mexiko vergrößert. Dort wurden 6 Polizeibeamte verwundet, ein Amerikaner getötet. Die Tore eines Gefängnisses wurden geöffnet, und 70 Gefangene entwichen. Ein im Hafen liegendes Kriegsschiff und die Marinesoldaten unterstützen die Zivil- und Militärbehörden. Die japanische Regierung ließ die Nachricht dementieren, daß ein Geheimbündnis mit Mexiko bestände und diesem japanische Soldaten zu Hilfe gekommen wären. — Amerikaner unterstützen befanntlich die mexikanischen Rebellen und werden gleich diesen, wenn sie gefangen genommen werden, standrechtlich erschossen. Die Regierung in Washington verlangt jetzt die Auslieferung derjenigen Amerikaner, die auf Unionsgebiet gefangen genommen wurden. Amerikanische Ueberläufer sollen die Hauptschuld an der langen Fortdauer des Aufstandes tragen. — Die Zusammenziehung der Unions-truppen im südlichen Texas an der mexikanischen Grenze ist vollendet, wie lange die Truppen dort bleiben werden, und was der letzte Zweck ihrer Anwesenheit ist, ist noch immer nicht ganz klar.

Deutscher Reichstag.

Am Mittwoch, dem vierten Tage der zweiten Lesung des Stats des Reichsamts des Innern, begrüßte als erster Redner Abg. Graf Carmer (F.) die agrarfreundliche Haltung der Nationalliberalen, polemisierte gegen den Hansabund und betonte, daß unsere unerreichte Sozialpolitik gerade den Mittelstand

schwer belaste, der von dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunge so gut wie nichts gehabt habe und doch das Rückgrat des Staates darstelle. Redner forderte gesetzliche Maßnahmen gegen die Wanderlager, Verbot des Detailhandels seitens der Beamten und vor allem scharfe Bekämpfung der Schundliteratur, die zu einer nationalen Gefahr geworden sei. Schließlich konstatierte er einen erfreulichen Rückgang der Automobilunfälle. Staatssekretär Welbrück erwiderte, daß der Detailhandel von Beamten verboten worden, daß aber die Besteuerung von Warenhäusern und Konsumvereinen, die der Vorredner gleichfalls gefordert hatte, Sache der einzelstaatlichen Gesetzgebung sei. Gegen die Schundliteratur reichen die Strafbestimmungen aus, gegen die Schundliteratur, deren Begriff leider schwer festzustellen sei, würden sie verschärft werden. Bei den unentbehrlichen Zuverlässigkeitsverfahren der Automobile würden die Landeszentralbehörden für die Wahrung der Rechte der Anwohner der betr. Straßen sorgen. Abg. Wiesberts (Ztr.) verlangte, daß die Reichsversicherungsordnung, das Arbeitergesetz und das Hausarbeitergesetz noch in dieser Session verabschiedet würden, und erklärte in einer scharfen Polemik gegen die Sozialdemokratie, diese stelle für die Arbeiter den Grundsatz auf: „Ohne Brot kein Brot“. Die Zentrumsparthei werde aber die Freiheit der Arbeiter gegen jeden Terrorismus aufrecht erhalten. Abg. Sasse (Soz.) wandte sich in scharfer Weise gegen den Vorredner und die übrigen christlichen Arbeitersekretäre, die ein falsches Spiel trieben und Freunde der Unternehmer wären, und forderte ein Reichsberggesetz. Abg. Schwabach (natl.) forderte für die Masuren und Littauer das Recht des Gebrauchs ihrer Muttersprache in Versammlungen. Abg. Gothein (Sp.) kritisierte unsere Wirtschaftspolitik und die veränderte Haltung der Nationalliberalen zu ihr. Redner betonte, der Freihandelsgedanke schreite fort und werde der Verteuerungspolitik den Garaus machen. Die Nationalliberalen seien der Volkspartei in letzter Zeit erheblich näher gerückt. Komme der liberale Geist bei ihnen auch weiterhin so zur Geltung, dann könnten Fortschrittler und Nationalliberale ein gutes Stück Weges zusammengehen. Abg. Seyda (Pole) beklagte den Rückgang der Bühne in Oberschlesien und führte Beschwerde über die Behandlung polnischer Arbeiter.

Am Donnerstag gab es im Reichstage bei der Spezialberatung des Stats des Reichsamts des Innern ganz leuzgemäß Ausflüge auf alle nur möglichen Gebiete. Abg. Pfeiffer (Ztr.) wünschte, daß das Germanische Museum in Nürnberg nicht mit Kunstgegenständen überladen würde, und daß eine Verständigung über die Organisation der Museen zwischen den Bundesstaaten erfolgte. Es würde dann auch eine Einigung über das Bismarck-Denkmal bei Bingerbrück erzielt werden. Abg. Graf (Wirtsch. Berg.) begründete eine Reso-